

Die Qual der Wahl

Vage Schlagworte beherrschen die großen Duelle – das Handelsblatt hat die Wahlprogramme auf Substanz hin abgeklopft. Der Vergleich der wichtigsten Themenfelder offenbart überraschende Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Parteien.



Finanzen

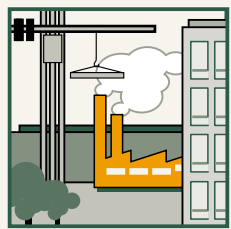
Die Union bekennt sich zum Ziel der Haushaltskonsolidierung. Zusätzlich will sie kleinere und mittlere Einkommen mit einer Steuerreform um 15 Mrd. Euro entlasten. In zwei Stufen soll der Einkommensteuersatz auf zwölf Prozent sinken und das Jahreseinkommen, ab dem der Spitzensteuersatz gilt, auf 60 000 Euro steigen. Die CSU will dies bereits 2011 und 2012 verwirklichen.

Steuersenkungen schließt die SPD aus, auch will sie die Sozialabgaben nicht anheben. Der Einkommensteuersatz sinkt auf zehn Prozent. Der Spitzensteuersatz steigt auf 47 Prozent, der Kinderfreibetrag auf 4 000 Euro. Das Ehegattensplitting will die SPD abschaffen und eine Steuer auf Börsenumsätze erheben. Wer auf eine Steuererklärung verzichtet, soll 300 Euro bekommen.

Die FDP will für die Einkommensteuer einen Stufentarif von zehn, 25 und 35 Prozent einführen und einen Grundfreibetrag von 8 004 Euro für Kinder. Beiträge zur Sozialversicherung sollen bis zu den Beitragsbemessungsgrenzen vollständig abzugsfähig sein, die Kosten für Kinderbetreuung und Pflege sollen bis zu einem Betrag von 12 000 Euro jährlich abgesetzt werden können.

Die Grünen wollen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe, der Spitzensteuersatz soll auf 45 Prozent steigen, der Grundfreibetrag auf 8 500 Euro. Größere Privatvermögen wollen sie mit einer höheren Erbschaftsteuer belasten. Managergehälter (inklusive Boni) wollen sie nur bis 500 000 Euro als Betriebsausgaben anerkennen. Zudem wollen sie eine Börsenumsatzsteuer.

Die Linke will den Grundfreibetrag auf 9 300 Euro erhöhen und einen linearen Tarifverlauf bis zum Spitzensteuersatz: Dieser soll für Einkommen ab 70 000 Euro jährlich auf 53 Prozent steigen. Auf alle Privatvermögen über eine Million Euro soll Vermögenssteuer gezahlt werden. Wie SPD und Grüne setzt sich die Linke für die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer ein.



Wirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft bleibt für die Union Leitbild einer gerechten Wirtschaftsordnung. Die Partei will Umwelttechnologien fördern und Deutschland zur Modellregion für Elektroautos machen. Eine Kreditklemme für den Mittelstand soll verhindert, die Bürokratie weiter abgebaut werden. Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Mit dem „Deutschland-Plan“ wollen die Sozialdemokraten die Voraussetzungen für vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu sollen einzelne Branchen konkret gefördert werden. Die SPD erhofft sich zwei Millionen neue Stellen in traditionellen Branchen, eine Million im Gesundheitswesen und je 500 000 bei Dienstleistern und in der Kreativ- und Kulturwirtschaft.

In der Unternehmensbesteuerung will die FDP gegen Nachweis die Zins-schranke abschaffen und bei Übernahmen die Nutzung von Verlusten erleichtern. Bei der Besteuerung von Funktionsverlagerungen ins Ausland fordert sie Nachbesserungen, auch bei der Gewerbesteuer. Zudem soll für Unternehmen die degressive Abschreibung wieder eingeführt werden.

Mit 20 Mrd. Euro jährlich wollen die Grünen bis 2013 eine Million neue Arbeitsplätze schaffen. 400 000 Jobs sollen durch ökologische Modernisierung entstehen, 185 000 im Bildungsbereich. Im Gesundheitswesen könnten danach 150 000 Arbeitsplätze hinzukommen. Der Abbau der Schwarzarbeit durch niedrigere Sozialbeiträge für Geringverdiener soll 200 000 Jobs bringen.

Mit 200 Mrd. Euro will die Linke zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen, die Hälfte davon beim Staat. Private Banken und Strom- sowie Gasnetze sollen – etwa als Genossenschaft – vergesellschaftet werden. Der Bankensektor soll öffentlicher Kontrolle unterstehen; die Energieversorgung übernimmt der Staat komplett. Mitbestimmung soll ausgedehnt, politische Streiks sollen erlaubt werden.



Arbeit

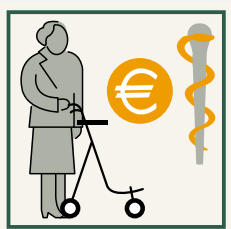
Die Union lehnt einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn ab, den gemeinsam mit der SPD begonnenen Ausbau branchenbezogener Mindestlöhne will sie aber ausdrücklich vorantreiben. Den Freibetrag beim Schonvermögen von Hartz-IV-Empfängern will sie deutlich erhöhen. Forderungen nach Einschränkung des Kündigungsschutzes oder des Flächentarifs erneuert die Union nicht.

Die SPD will einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, „Orientierungsmarke“; 7,50 Euro. Sie will durchsetzen, dass Frauen genauso viel verdienen wie Männer. Bei öffentlichen Aufträgen sollen nur noch tarifreife Firmen zum Zuge kommen. In Aufsichtsräten soll eine Frauenquote von 40 Prozent gelten, die Mitbestimmung gestärkt werden. Zudem will sie Lebensarbeitszeitkonten fördern.

Die FDP lehnt jegliche Mindestlöhne ab. Den Kündigungsschutz will sie lockern; er soll nur für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und erst nach einer Betriebszugehörigkeit von zwei Jahren gelten. Die Bundesagentur für Arbeit will sie auflösen und ihre Aufgaben auf die Kommunen übertragen. Der Renteneintritt soll flexibel ab dem 60. Lebensjahr möglich sein.

Die Grünen wollen einen Mindestlohn von 7,50 Euro einführen. Der Hartz-IV-Satz soll auf 420 Euro pro Monat steigen, das Schonvermögen der Hartz-IV-Empfänger soll kräftig erhöht werden. Für Einkommen unter 2 000 Euro monatlich wollen die Grünen die Sozialabgabensätze senken. Das soll Geringverdiener entlasten und den Anreiz zur Schwarzarbeit verringern.

Die Linke fordert einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit soll gesetzlich auf 40 Stunden begrenzt werden. Leiharbeiter werden wie die Stammbeschäftigten bezahlt. Flexibilität extra vergütet. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I soll verlängert und Hartz IV abgeschafft werden. Kündigungsschutz und Mitbestimmung wollen die Linken ausweiten.



Gesundheit und Rente

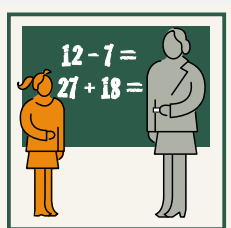
Bei der Gesundheitsreform streben CDU und CSU einzelne Kurskorrekturen an, etwa bei den Ärzthonoraren und beim Finanzausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen. Von der Einführung einer einheitlichen Gesundheitsprämie – der sogenannten Kopfpauschale – ist nicht mehr die Rede. Bei der Rente soll die Kindererziehung künftig besser berücksichtigt werden.

Die Bürgerversicherung steht im Zentrum des Programms. Alle zahlen ein, private wie gesetzlich Versicherte. Das gilt für die Kranken- wie für die Pflegeversicherung. Der steuerfinanzierte Anteil soll steigen, die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder hergestellt werden. Alle Patienten erhalten künftig eine Termingarantie beim Arzt.

Das Gesundheitssystem soll weitgehend privatisiert und zugleich mehr Wettbewerb eingeführt werden. Instrumente: leistungsgerechtes Prämiensystem mit Pflicht zur Versicherung, Abschaffung des Gesundheitsfonds, Beitragsautonomie für gesetzliche Kassen, Vergütung der Ärzte nach Leistungsgerechten und transparenten Kriterien, Kostenerstattungsprinzip.

Die Grünen wollen eine Bürgerversicherung für alle; der von der Großen Koalition eingeführte Gesundheitsfonds soll wieder abgeschafft werden. Die elektronische Gesundheitskarte soll freiwillig bleiben. Zudem fordert die Öko-Partei in ihrem Programm die Abschaffung von allen Zuzahlungen für Medikamente sowie die Rücknahme der Praxisgebühr von zehn Euro.

Eine Bürgerversicherung für alle soll nach dem Programm der Linken die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen. Hier sollen alle ohne Beitragsbemessungsgrenzen ebenso einzahlen wie in die Pflegeversicherung. Zuzahlungen – etwa für Medikamente – und die Praxisgebühr sollen wegfallen. Die Gesundheitskarte will die Linkspartei stoppen und den Gesundheitsfonds abschaffen.



Bildung

Bis zum Jahr 2015 sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert werden. Die Union macht sich für das gegliederte Schulsystem und bundesweit vergleichbare Leistungsmaßstäbe stark. Auch eine größere Hochschulautonomie, das duale Ausbildungssystem und der Ausbildungsakt mit der Wirtschaft kennzeichnen die „Bildungsrepublik“.

Nein zu Gebühren, von der Krippe bis zum Studium, lautet die zentrale Botschaft. Ab 2020 soll die Hälfte eines Schuljahrs die Hochschulreife erreichen, Schulabbrecher gehören der Vergangenheit an. Junge Erwachsene erhalten ein Recht, ihren Abschluss nachzuholen. Kinder aus Ausländerfamilien fördert die SPD gezielt. Spitzenverdiener finanzieren all das mit dem „Bildungssoli“.

Die FDP plant Bildungs- und Betreuungsgutscheine für alle ab einem Alter von einem Jahr. Schulen sollen autonom über Personal, Angebot und Budget entscheiden. Die Hochschulautonomie soll ins Grundgesetz. Die Hochschulfinanzierung soll aus staatlicher Grundfinanzierung, Bildungsgutscheinen, Studiengebühren und Eigenvermögensaufbau bestehen.

Die Grünen planen einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr, gemeinsamen Unterricht mindestens bis zur Klasse 9 und flächendeckende Ganztagschulangebote. Zudem fordern sie 500 000 neue Studienplätze, die Abschaffung von Studiengebühren und Bafög sowie 200 bis 800 Euro monatlich für alle Studenten – finanziert aus dem Soli.

Bildung soll nach dem Plan der Linkspartei eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Die staatlichen Ausgaben dafür sollen „möglichst sofort“ auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. In der Berufsausbildung will die Linke eine Umlage einführen. Studienplätze für alle sollen gebührenfrei sein; aus dem Bafög soll eine Grundsicherung werden.



Familie

Das Kindergeld ab dem dritten Kind soll ebenso steigen wie der Kinderfreibetrag. Das Elterngeld soll künftig auch als Teil-elterngeld für 28 Monate bezogen werden können. Die Union bekräftigt zudem den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Jahr ab 2013. Für Eltern, die Kinder nicht in die Krippe geben, verspricht die Union ein Betreuungsgeld, ebenfalls von 2013 an.

Die SPD strebt einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem ersten Geburtstag an. Mütter und Väter sollen gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit nutzen können. Den Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld will die SPD von sieben auf 16 Monate ausweiten. Alleinerziehende sollen gefördert werden, um arbeiten zu können. Kinderrechte sollen ins Grundgesetz.

Neben der steuerlichen Förderung will die FDP Familien mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung ab Ende des Mutterschutzes unterstützen. Ab 2013 soll ein Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres gelten. Sie will die Betreuung durch Tagesmütter und die institutionelle Betreuung fördern.

Das Ehegattensplitting wollen die Grünen abschaffen und zu einer Individualbesteuerung weiterentwickeln. Damit würden die Steuerklassen III, IV und V überflüssig. Das gesparte Geld soll in den Ausbau der Kinderbetreuung und in die Bekämpfung von Kinderarmut fließen. Statt der bisherigen Familienförderung machen sie sich für eine einheitliche Kindergrundsicherung stark.

Eine spezielle Familienpolitik sieht die Linkspartei nicht vor. In der Frage der Kinderbetreuung plädiert sie für Kita-plätze, die für alle kostenlos sein sollen. Daneben sollen auch die Ganztagschulen ausgebaut werden.



Außenpolitik und Sicherheit

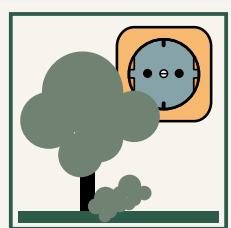
Bekanntnisse zur Nato und zur Europäischen Einigung prägen die Außenpolitik der Union. Am Ziel eines ständigen deutschen Sitzes im Uno-Sicherheitsrat hält die Partei fest. Der Ausbau von Armee und Polizei in Afghanistan gilt als Voraussetzung für einen Abzug der Bundeswehr. Die Union bekennt sich zur Wehrpflicht. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei lehnt die Union ab.

Die Nato bleibt der „wichtigste Garant unserer Sicherheit“. Sie soll eng mit Russland zusammenarbeiten. Deshalb lehnt die SPD den US-Raketenschirm ab. Ziel ist eine Welt ohne Atomwaffen. Die Bundeswehr soll in Afghanistan abziehen, sobald die Sicherheit im Land garantiert ist. Die Wehrpflicht wird beendet, dafür soll es einen Freiwilligendienst geben.

Die FDP setzt auf eine Renaissance der Transatlantischen Wertegemeinschaft: Amerika ist wichtigster Partner außerhalb Europas. Gemeinsam mit der US-Regierung will sie den Westen als handlungsfähige Gemeinschaft der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt neu begründen. Die FDP wendet sich gegen jede Form von Protektionismus.

Die Grünen stehen zwar zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, machen sich aber für einen Strategiewechsel stark. Danach soll Deutschland wesentlich mehr Mittel in den zivilen Aufbau stecken. Die Kampfeinsätze im Rahmen der Militäroperation Enduring Freedom sollen beendet werden. Daneben sind die Grünen dagegen, die Bundeswehr im Innern einzusetzen.

Als einzige Partei fordert die Linke den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Generell soll sich die deutsche Außenpolitik strikt auf zivile Konfliktlösung beschränken. Die Linke will die Nato auflösen und durch ein „kollektives Sicherheitssystem“ unter Beteiligung Russlands ersetzen. Auf keinen Fall soll die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden dürfen.



Umwelt und Energie

Die Union will den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 30 Prozent steigern. Für eine Übergangszeit gilt die Atomenergie als unverzichtbar. Der Neubau von Kernkraftwerken ist nicht vorgesehen. Die aus einer Laufzeitverlängerung resultierenden Gewinne sollen zum Teil für die Energieforschung und zur Senkung der Strompreise eingesetzt werden.

Die SPD will den Atomausstieg. Erneuerbare Energien sollen 2020 35 Prozent des Stroms liefern, 2030 bereits 50 Prozent. Mit Energiesparprogrammen verbrauchen die Deutschen elf Prozent weniger Strom. Für Klimaschutztechnologien wird ein Risikokapitalfonds aufgelegt. Bis 2020 sollen die Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent sinken.

Die Liberalen wollen die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30 Prozent senken. Sie fordern ein verbindliches Post-Kyoto-Abkommen und wenden sich gegen pauschale Produktverbote, wie etwa im Fall der Glühbirnen. Sie sprechen sich für längere Kernkraftwerkslaufzeiten aus; ein Teil der finanziellen Vorteile soll in eine Energieforschungstiftung fließen.

Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent sinken. Bis 2040 sollen Strom und Wärme komplett aus erneuerbaren Quellen generiert werden. Die Grünen lehnen neue Kohlekraftwerke ab, Gaskraftwerke werden akzeptiert. Keine längeren Kernkraftwerkslaufzeiten, betriebliche Rücklagen für den Rückbau von Kernkraftwerken fließen in öffentlich-rechtliche Fonds.

Der Ausstoß an Klimagasen soll nach dem Programm der Linken gegenüber 1990 bis 2020 in Deutschland um 50 Prozent sinken. Die Vergabe der CO₂-Zertifikate aus dem Emissionshandel soll nicht mehr kostenlos sein. Sofort will die Linke aus der Atomkraft aussteigen. Spätestens 2050 soll Deutschland alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen.

Wie wird nach Ansicht von führenden Demoskopen die Wahl ausgehen?



Klaus-Peter Schöppner, Emnid

Die Chancen für Schwarz-Gelb sind gut, aber die gesellschaftliche Stimmung ist volatil. Die Wahlsicherheit ist nicht so ausgeprägt wie früher. Es gibt in der Debatte bestärkende Momente, die Stimmung kann aber noch kippen. Schwarz-Gelb muss sich als sozial gerecht verkaufen.



Manfred Güllner, Forsa

Es ist wahrscheinlich, dass Angela Merkel wieder Kanzlerin wird. Es bleibt weiterhin offen, in welcher Koalition. Die Ausgangslage für Schwarz-Gelb ist gut. Jetzt kommt es darauf an, wie viele Unentschlossene die SPD noch mobilisieren kann.



Holger Liljeborg, INFO GmbH

Ich glaube nicht an Schwarz-Gelb. Es wird wieder eine Große Koalition geben. Bei der FDP wird es nicht bis zur Wahl reichen und die CDU-Welle wird vor den Wahlen brechen. Beide werden noch mindestens einen Punkt einbüßen.



Matthias Jung, Forschungsgruppe Wahlen

Die entscheidende Frage ist noch nicht geklärt: Was kann eine formulierte Alternative für Schwarz-Gelb sein? Rot-Grün hat keine Mehrheit, die SPD will mit der Linken nicht koalieren, und der Vorrat der Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU scheint nach vier Jahren aufgebraucht.